

Frau  
Heidrun Dräger  
Verein zur Förderung der Frauenpolitik in  
Deutschland e.V.  
Brunnenstraße 128  
13355 Berlin

**FRAKTIONSVORSITZENDE  
RENATE KÜNST**

Hausanschrift:  
Dorotheenstr. 101  
10117 Berlin

T. 030/227-71915  
F. 030/227-76913

E-Mail:  
Renate.Kuenast@bundestag.de

Berlin, 09. Juli 2012

Sehr geehrte Frau Dräger,

vielen Dank für Ihren Brief zur 21. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten im April 2012 in Düsseldorf und die Übersendung des Beschlusses zur Konsistenzprüfung der bundesweiten Gleichstellungspolitik.

Auch wir haben den Ersten Gleichstellungsbericht mit großem Interesse gelesen. Viele der dort ausgesprochenen Empfehlungen entsprechen grüner Programmatik. Insbesondere das Konzept der Lebensverlaufsperspektive gibt noch einmal wichtige Impulse für die Diskussion der sozialen, gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen und die wechselseitigen Zusammenhänge. Denn es ist ja offensichtlich, dass einerseits die eigenständige Existenzsicherung durch eigene Erwerbsarbeit ein gesellschaftlich erwünschtes Ziel ist, andererseits die Regelungen des Ehegattensplittings, gerade in Kombination mit der kostenfreien Mitversicherung in der Krankenversicherung sowie der wachsenden Anzahl von Minijobs gegenläufige Anreize setzen. Wohingegen die Reform des Unterhaltsrecht längere Erwerbsunterbrechungen bei einer Scheidung geradezu bestraft. Daher sind auch wir der Auffassung, dass ein konsistentes Leitbild und die Orientierung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen daran, dringend notwendig sind. Daraus ergibt sich, dass Veränderungen beim Ehegattensplitting, abgeleiteten sozialen Leistungen und den Minijobs erforderlich sind.

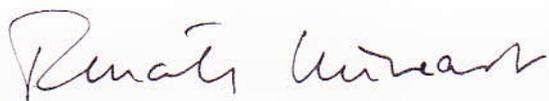
Dabei müssen wir im Blick behalten, dass Menschen sich innerhalb der für sie (früher) gültigen Regelungen eingerichtet haben und aus Reformen für sie eventuell ergebende Nachteile nicht unbedingt aus eigener Kraft etwas entgegensetzen können.

Aus unserer Sicht sind Maßnahmen zum Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur unabdingbar, eine „Belohnung“ für deren Nichtinanspruchnahme, wie es die derzeitigen Pläne zum Betreuungsgeld vorsehen, halten wir für kontraproduktiv, sowohl für Frauen als auch für Kinder.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen für Entgeltgleichheit, wir haben einen entsprechenden Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Wir wollen ein Entgeltgleichheitsgesetz um den Gender Pay Gap zügig zu überwinden. Wir haben als erste Fraktion einen Gesetzentwurf für eine Quote für Aufsichtsräte vorgelegt, wollen diese auch für Vorstände sowie ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Der Frauenanteil in Führungspositionen ist in Deutschland beschämend niedrig, wir setzen dabei auf gesetzliche Regelungen, da sich trotz aller öffentlichen Diskussionen doch sehr wenig tut.

Lassen Sie mich zum Schluss noch anmerken, dass wir als Bundestagsfraktion sehr froh sind, dass es die Gleichstellungsbeauftragten und die BAG gibt, die für die Durchsetzung von Gleichstellung in unserem Land von herausragender Bedeutung sind. Sie sind nicht nur für die Frauen (und Männer) vor Ort sondern auch für uns gute Verbündete und wichtige Ansprechpartnerinnen. Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen allen für Ihr Engagement und Ihren Einsatz zu danken.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Renate Künast', written in a cursive style.

Renate Künast